

J.F. 26-8-2022

Ein Sturm rollt auf uns zu

Der Bürger muß die Zeche zahlen: 50 Jahre verfehlte Energiepolitik lassen der Bundesregierung keine Wahl

MARKUS BRANDSTETTER

Deutschland steht vor der schwersten Wirtschaftskrise seit der Wiedervereinigung. Laut einer Analyse der Deutschen Bank sind wir auf dem Weg in die Rezession. Nach einem mickrigen Wachstum von einem Prozent in diesem Jahr dürfte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2023 um ein Prozent schrumpfen. Dreht allerdings Rußland den Gashahn ganz zu, dann wird das BIP 2023 um fünf bis sechs Prozent einbrechen – ein dramatischer Rückgang wie auf dem Höhepunkt der Finanzkrise im Jahr 2009.

Dieses Horrorszenerario spielt sich vor dem Hintergrund einer Inflation ab, die mit acht Prozent im Juli ihren Höhepunkt noch nicht erreicht hat und sich auch 2023 hartnäckig fortsetzen wird. Und wem das nicht reicht, der erinnert sich kurz, daß wir seit Corona mit den höchsten Staatsschulden in der Geschichte der Bundesrepublik leben und die geplante Rückkehr zur Schuldenbremse mehr als gefährdet ist.

Die Gaskrise, auch das hat die Deutsche Bank untersucht, könnte sich als „Game-Changer“ für den Industriestandort Deutschland erweisen. Der Umstieg von billigem russischen Erdgas auf das horrend teure Liquefied Natural Gas (LNG), das in Kühlschiffen verflüssigt über die Ozeane nach Deutschland verschifft und da aufwendig in Gas zurückverwandelt werden muß, gefährdet das exportorientierte deutsche Geschäftsmodell. Noch nie war die Wahrscheinlichkeit, daß Wohlstand und Lebensqualität in Deutschland zukünftig abnehmen, so hoch wie heute. Wie konnte es dazu kommen? Können wir noch was dagegen tun?

Die Antwort auf die erste Frage ist einfach: Der Grund sind fünfzig Jahre verfehlte Energiepolitik. Angefangen hat alles mit der fanatischen Ablehnung der Atomenergie in den 1970er Jahren. Jeder weiß, wer daran schuld ist: die Grünen – und fast niemand sonst. Der Widerstand gegen Kernenergie, Wirtschaft und Wachstum ist der Gründungsmythos dieser Partei, die im Kern nie für etwas war, sondern immer nur dagegen; die nie für Umwelt und Naturschutz eintrat, sondern immer nur gegen Wirtschaft, Markt, Kapitalismus und Freiheit, was sich daraus erklärt, daß alle ihre Gründungskader aus marxistischen Splittergruppen kamen.

Den Grünen und insbesondere der Merkel-CDU ist es tatsächlich gelungen, die stabilste, sauberste und effizienteste Energiequelle auf der Welt, die so gut wie kein Kohlendioxid erzeugt, aus Deutschland zu verbannen und alle Brücken dahinter so gründlich einzureißen, daß eine Rückkehr zur Kernenergie ausgeschlossen ist. Die drei Atomkraftwerke, die noch in Betrieb sind und über deren Weiterbetrieb nun so erbittert und so typisch deutsch gestritten wird, produzieren keine acht Prozent unseres Stroms – ein Tropfen auf den immer heißeren Stein.

Nachdem die CDU diese ach so mephistophelische Energiequelle erfolgreich verbannt hatte, gleichzeitig aber wußte, daß mit Wasser, Wind und Sonne nie genügend Strom erzeugt werden kann, um die viertgrößte Wirtschaft der Welt am Laufen zu halten, gingen erst Schröder und dann Merkel den einfachsten Weg, den es gab: Sie kauften den Russen billig und in rauen Mengen Erdgas ab. Erdgas ist zwar auch eine fossile Energiequelle,

die beim Verbrennen jede Menge CO₂ erzeugt, aber nach dem Debakel mit der Kernenergie und mangels erneuerbarer Alternativen blieb keine andere Wahl.

Zehn lustige Jahre lang lebten die für die deutsche Energiewirtschaft Verantwortlichen dann über ihre Verhältnisse, ohne zu erkennen, daß sie einen Pakt mit dem Teufel geschlossen hatten. Dieser Teufel, der lange keiner war, heißt Wladimir Putin, verkauft gern und günstig Erdgas, leidet aber an dem Trauma des zerfallenen Sowjetreiches, was ihn seelisch und geopolitisch geprägt hat wie nichts sonst. Deshalb war er erst alarmiert, dann beleidigt und endlich wütend, als die Amerikaner im Verbund mit der EU aus der Ukraine ein Mitglied von Nato und EU machen wollten, was Odessa in einen amerikanischen Flottenstützpunkt verwandelt hätte.

Putin hat dagegen auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 erst mit Worten und 2014 mit der Annexion der Krim dann mit Taten protestiert, aber die deutsche Regierung und die deutschen Energieversorger haben das stets fröhlich ignoriert. Wagte jemand, die deutsche Abhängigkeit vom russischen Gas zu kritisieren, wie der amerikanische Präsident Donald Trump, dann wurde er von Medien und Politik ausführlich abgewatscht.

Jetzt hat Putin den Gashahn fast zuge dreht, und ohne Rücknahme der EU-Sanktionen wird er ihn auch nicht mehr aufdrehen, weshalb es mit dem billigen Erdgas vorbei ist. Nun müssen Alternativen her, aber die sind rar und teuer. Noch mehr Windräder, noch mehr Sonnenkollektoren, wieder mehr Kohleenergie und viel mehr Flüssiggas aus

den USA sollen es richten. Sofern das überhaupt funktioniert, wird es exorbitant teuer werden – für Bürger und Unternehmen gleichermaßen.

Die Regierung hat mit dem Ausgeben von Geld, das sie gar nicht hat, schon angefangen. Mit 15 Milliarden Euro an Staatshilfen muß der marode Gasimporteur Uniper vor der Pleite gerettet werden, dazu kommen Milliarden an Abschreibungen auf Nord Stream 2 und zig Milliarden mehr, um erst auf Staatskosten Terminals für Flüssigerdgas zu bauen und dann überteuertes Gas auf den Weltmärkten zusammenzukaufen. Trotzdem ist diese Ausgabenorgie mit geplanter Gasumlage jetzt nicht mehr zu umgehen, da das selbstgestrickte Chaos auf die Dauer teurer wäre als die teuerste Ordnung.

Bezahlen wird all das der Steuerzahler, und zwar gleich zweifach: erstens durch höhere Steuern und zweitens durch höhere Preise auf fast alles, denn Handel, Industrie und Handwerk werden die gestiegenen Energiepreise natürlich weitergeben. Wenn die neue Energie-Infrastruktur nach Jahren endlich mit Ach und Krach und weitgehend ohne russisches Erdgas wieder läuft, dann wird nichts mehr so sein wie früher. Dann werden die Energiekosten für Öl, Gas und Strom höher sein als jemals zuvor und der Industriestandort Deutschland deutlich weniger konkurrenzfähig.

Energie ist das Lebensblut jeder modernen Wirtschaft. Einer Clique aus Dummköpfen, Fanatikern und Ignoranten, die von Wirtschaft und Technologie keine Ahnung haben, ist es in 50 Jahren fehlgeleiteter Energiepolitik tatsächlich gelungen, die deutsche Wirtschaft, die nach dem Zweiten Weltkrieg ein Wunder hingelegt hat, an den Rand einer Katastrophe zu führen. Das wird die realen Einkommen breiter Bevölkerungsgruppen spürbar reduzieren. Es droht ein perfekter Sturm, wie es noch nie einen gegeben hat.

Putin hat den Gashahn fast zuge dreht. Ohne Rücknahme der EU-Sanktionen wird er ihn auch nicht mehr aufdrehen.

Meine neuste Anzeige zum Thema Corona:

Karli fragt Karli



**Wann ist
Corona
zu Ende?**

**Isch
hoffe
nie.**



Lesen Sie: www.karlbraun.info und
auf  Karl Braun schreibt

Vergangen Freitag traf ich meinen Bruder zufällig in Nagold. Er kramte aus seiner Tasche ein Zeitungsartikel über mich von Juni 2002.

Dort erwähnt der Journalist mein erfülltes Leben. Das war vor 20 Jahren. Grund genug den Artikel heute nochmal zu teilen:

Mittwoch 26. Juni 2002

Die Erfolgsstory aus der Garage heraus

Bundestagskandidat Karl Braun wird 65 Jahre alt / Haiterbacher gründete CDU-Stadtverband

Von Oskar Albiez

Haiterbach. Eigentlich könnte der Haiterbacher Unternehmer Karl Braun heute an seinem 65. Geburtstag auf ein erfülltes Leben zurückblicken und sich einen Lebensabschnitt im Ruhestand gönnen. Bekanntlich will er jedoch im neuen Lebensjahr mit seiner Bewerbung um ein Mandat im nächsten Bundestag zu neuen Ufern aufbrechen.

Scherzhaft sagte FDP-Bundestagskandidat Karl Braun vor kurzem, mit 65 gehe er entweder in den Bundestag oder in Rente. Neuerlich gefragt, relativiert er das, denn so richtig in Rente wolle er im Falle eines Falles nun doch nicht gehen. »Ich bedauere Leute, die keine Freude an ihrer Arbeit finden«, so sein Credo. Arbeit habe er niemals als Last empfunden und er habe den Drang, Leistung zu bringen bei allem, was er anpacke: »Ich bin gesund, es gibt für mich keinen Grund, nicht zu arbeiten.«

Diese Lebenseinstellung mag auch das Geheimnis für Brauns Lebensleistung sein, der sich als 29-jähriger Schreinermeister mit einer kleinen Werkstatt in Nagold selbstständig machte und heute einer Firmengruppe von vier Betrieben vorsteht.

Am 26. Juni 1937 ist Karl Braun in der damals noch selbstständigen Gemeinde Beihingen geboren und im Kreise von vier Geschwistern aufgewachsen. Auch der Sohn von Brauns früh verstorbener Schwester wuchs in der Familie mit dem Großvater auf. Brauns Vater gründete und be-

trieb eine Forellenzucht, die heute Brauns Neffe bewirtschaftet. Zusätzlich hatte der Vater eine kleine Spedition.

In Beihingen besuchte Karl Braun auch die Volksschule, die damals aus zwei Klassenräumen bestand und in der 50 Schüler von einem Lehrer unterrichtet wurden. »Ich bin stolz darauf, dass ich es mit dieser doch mäßigen Schulausbildung zu etwas gebracht habe.«

Zwei besonders eindrückliche Erinnerungen seiner Kindheit sind der Bombenangriff auf Haiterbach zum Kriegsende, den der Siebenjährige von der Höhe des Tann aus beobachtete, und der Einmarsch der Franzosen. Eigentlich wollte

Karl Braun Automechaniker werden, doch der Mangel an solchen Lehrstellen brachte ihn schließlich zu einer Schreinerlehre. Als Geselle verbrachte er einige Jahre bei Betrieben in Ludwigshafen am Rhein und in der Nähe von München. Zurück in die Heimatregion machte er in Abendkursen seine Meisterausbildung. Nach drei weiteren Jahren als angestellter Meister machte er sich mit einer kleinen Werkstatt in der Freudenstädter Straße in Nagold als Ein-Mann-Betrieb selbstständig. »Als Fuhrpark diente mir ein VW-Käfer mit Anhänger.«

Als in Haiterbach das Industriegebiet erschlossen wurde, kaufte Braun dort auf Drängen des früheren Haiterbacher Bürgermeisters Hugo Meroth ein Grundstück. »Das war doppelt so groß, als ich es erst brauchte – später war ich darum froh«, erinnert sich Braun. Heute hat er sich auf Innenausbau und vor allem auf Sporthallenausbau spezialisiert. Seine aufregendsten Aufträge waren Sporthallen in Peking und Singapur.

In die Politik stieg er aktiv 1990 ein, als er in Haiterbach die Gründung des CDU-Stadtverbands initiierte, dessen Vorsitzender er lange Jahre war. Durch Berichterstattung ist hinlänglich bekannt, dass und warum es zwischen ihm und seiner Partei schief ging.

In Haiterbach gründete er die Demokratische Bürgerliste und konnte mit ihr bei der ersten Wahl sogleich drei Sitze im Gemeinderat erringen. Parallel dazu engagierte sich Braun in der Mittelstandsvereinigung der Liberalen. Bei der FDP schätzte man Brauns Berufserfahrung als Handwerker und Unternehmer und kürte ihn zum Bundestagskandidaten des Wahlkreises Freudenstadt-Carlw für die kommenden Wahlen zum Bundestag.

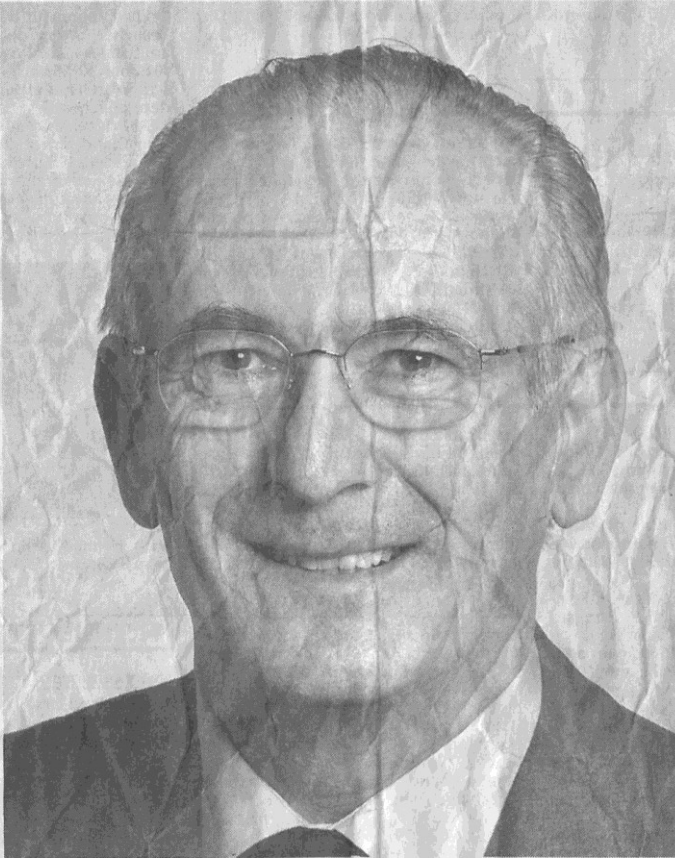


Foto: Albiez

Vor 36 Jahren begann die Erfolgsgeschichte von Karl Braun.